

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Zeitungsschrift: Tageblatt Riesa.
Gemeinf. Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Poststedttono: Dresden 1339
Girokonto Riesa Nr. 52.

Nr. 38.

Dienstag, 9. Februar 1926, abends.

79. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisverhöhung und Nachförderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gemahr für das Auftreten an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundfläche (6 Seiten) 25 Gold-Pfennige; für 20 mm breite Stellmaße 100 Gold-Pfennige; zitronengelb und tabellarisch 50 Gold-Pfennige; Umschlag, Beste Tarife. Bewilligt einer Arbeit zulässig, wenn der Betrag verfüllt durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Sitzungs- und Eröffnungsort: Riesa. Höchste Unterhaltungsbetrag: 50 Pfennige pro Tag. — Um Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Versorgungseinrichtungen — hat der Eigentümer keinen Anspruch auf Rückerstattung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bonger & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die würdige Antwort.

BR. Die gesamte deutsche Presse ist sich darüber einig, daß die Reichsregierung unbedingt nach dem Russoliniten-Ansprüchen zu antworten hätte. Nur über die Form und Stärke dieser Antwort ist man nicht ganz einer Ansicht. Verschiedene führende demokratische Blätter wünschen, daß die Rede, die der Außenminister an halten hätte, in der Sprache milde sei und alles zu vermeiden habe, was die tatsächlich jetzt bestehende Spannung auswürgen könnte. Auch wir sind nicht den Glaubens, daß dem kleinen Teil Russolinitis ein gleich großer Teil entgegengestellt werden müßte, denn wir sind nicht verpflichtet, mit Unverschämtheiten zu antworten, wenn andere Macht, oder vielmehr deren Vertreter glauben, sich solche Leistungen zu dürfen. Aber wir sind machtlos, das heißt, wir haben kein geeignetes wirksames Mittel, eine solche Hesprache mundtot zu machen. Nur das unglaubliche Recht bestehen wir. Und dieses Recht in das richtige Licht zu legen, das müßte das ehrliche Bestreben des deutschen Ministers sein, der unsere Klinge zu führen hat.

Und doch, zu der Festlegung des deutschen Standpunktes fände noch eine Tat. Man würde vielleicht sagen, diese Tat, die wir empfehlen, als eine Demonstration zu bezeichnen. Aber diese Demonstration wäre wirkungsvoller, als die schärfste Sprache der Welt unseres tiefe Empörung in die Ohren schreien. Und diese Tat wäre: die Nichtabsendung des deutschen Aufnahmegerüsts in den Völkerbund. Der Reichsregierung dürfte es wirklich nicht schwer fallen, die Begründung zu dieser Unterlassung recht klar und deutlich schlägen. Wie kann man es einem Staat zutrauen, in einen Völkerbund einzutreten, dessen Mitglieder eine solch dekadente und das Nationalgefühl eines Volkes so tief demütigende Sprache führen? Kann man tatsächlich noch dem Reiz der Russolinitie noch behaupten, das jetzt, gerade in diesem Augenblick der gezeichneten Momente gekommen sei, den Gang nach Genf anzutreten? Ganz abgesehen von dem vielleicht äußeren Vorwand, den die Russoliniten zu einem solchen Schritt abgibt, klingt denn nicht schon aus den Kommentaren des Temps, aus den polnischen Obstruktionen gegenüber die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, aus der englisch-polnischen Verständigung — klingt nicht aus all diesen Tatsachen eine antideutsche Stimmung hervor, die uns allergrößte Vorsicht anempfiehlt? Reichskanzler Dr. Luther hat in seiner Regierungserklärung dem Reichstag jüngst gesagt, daß es für die deutsche Politik günstiger wäre, wenn sie im Rahmen des Völkerbundes wirke, als außerhalb. Können nicht die Herren Chamberlain, Polen und Russoliniti mit demselben Recht behaupten, daß es für die Ententeemächte günstiger wäre, einen so „gefährlichen“ Gegner wie Deutschland in unmittelbarer Nähe, das heißt, unter unmittelbarer Kontrolle zu wissen, günstiger, als dort in einer Sphäre, die dem Nachtbereich des Völkerbundes entzogen ist. Die Phalanx des Gegners Deutschlands im Völkerbund ist geschlossen. Die Sprüche des Völkerbundes werden nach Mehrheitsbeschluss gefällt. Wie soll es da dem vereinigten Deutschland möglich sein, seinem Nein gegen das vereinigte Ja der anderen Geltung zu verschaffen? Der Völkerbund verpflichtet seine Mitglieder zu strengstem Gehorham zu seinen Beschlüssen. Ist Deutschland Mitglied des Völkerbundes, dann verpflichtet sein Spruch auch die Politik des Reiches. Das Recht nimmt also eine verdoppelte Verpflichtung auf sich. Erstens den Zwang, den Bedingungen des Verfaßter Vertrages nachzukommen und dann den Zwang, Völkerbundbeschlüsse, die auf den Vertrag seineswegs gebunden sind, Gehorham zu wollen.

Das sind alles Erwägungen, die zu der Überlegung führen müssen, ob die Zeit gut gewählt ist, das Eintrittsgesuch nach Genf abzusenden. In diesem Augenblick hören wir sehr viel von dem Streit, der um die Vermehrung der Ratskräfte im Völkerbund herumtobt. Auch dieser Streit hat eine für die deutschen Interessen bedrohliche Wendung genommen. Die zehn Großmächte der Entente haben beinahe Deutschland ihre schriftliche Zustimmung zur Schaffung eines neuen Staates für Deutschland gegeben. Die Befürbungen, jetzt auch Polen einen solchen neuen Staats zu auszuschafen, sind bekannt. Die Überlegung ist nicht von der Hand zu weisen, daß das polnische Verlangen aus Geiste Frankreichs geschieht, dem durch seine kriegerische Bildung die Hände in dieser Frage gebunden sind. Es ist auch allgemein bekannt, daß Frankreich ganz offen den polnischen Protest unterstützt. Die Entwicklung, die dieser ganze Streit hinter den Kulissen des Völkerbundes gezeigt hat, zeigt, wie außerordentlich bedeutsam für diesen Protest Polens auswirken kann. Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund erfolgt erst durch einen Beschluss, der von einer Zweidrittelmeiheit der Vollversammlung gefaßt ist. Die Befürchtung hat sich außerordentlich verdichtet, daß Polen und die anderen von Frankreich aufgestellten Bewerber um einen Ratssitz, zu denen sich allerlei Unzufriedene gesellen könnten, ihre Stimme in der Vollversammlung dazu benutzen würden, ihrem Wunsch nach dem ständigen Ratssitz unter der Drohung Geltung zu verschaffen, andererfalls den deutschen Ratssitz durch Abstimmung des Eintrittsgesuches in den Völkerbund überhaupt und damit das ganze in Locarno geschaffene Werk hinfällig zu machen.

So steht in Wirklichkeit die Situation aus, die die Reichsregierung für günstig hält, das Gesetz abzuseufen. Der Reichstagbeschluß hat die Regierung ermächtigt, sich den Zeitpunkt der Absendung anzuhören. Sie würde also fehlstellen einer Willensbildung des Parlamentes zu überhandeln, wenn sie jetzt läuft und hier erklärt, der

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vom Reichskabinett beschlossen.

■ Berlin. Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung die Absendung einer Note einstimmig beschlossen, durch die der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund angemeldet wird. Die Note wird absoald nach der Übereinstimmung in Genf veröffentlicht werden.

Das deutsche Ausnahmegesuch in Genf.

■ Berlin. Das Gesuch Deutschlands um Aufnahme in den Völkerbund ist noch gestern abend an den deutschen Generalconsul in Genf abgegangen, der die Note heute dem Generalsekretär des Völkerbundes überreichen wird.

Die Gründe für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

■ Berlin. Über die für die Entscheidung der Reichsregierung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund entscheidenden Gesichtspunkte wird von ausländischer Seite bemerkt: Erst durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird das Vertragswerk von Locarno zur Wirklichkeit und damit gemäß dem Prinzip einer strobenen Reichsstandesherrschaft für die Friedenskräfte in Europa ein letzter Boden geschaffen. Deutschland kann nur auf jolcher Grundlage seine eigenen Kräfte entfalten und zur Geltung bringen. Hierbei ist von entscheidender Bedeutung, daß Deutschland sofort einen handlichen Ratsitz erhält. Die Verteilung der dadurch für Deutschland eröffneten Möglichkeiten politischen Wirkens kann nicht nach dem Maßstab der bisherigen Bevölkerung des Völkerbunds erfolgen, die zu vielfachen bereits getroffenen Beschlüssen Deutschlands Aulus negeben hat. Wenn auch angeblich der politischen Geamilage nichts verkehrt wäre, als illusorische Hoffnungen über das zu hängen, was Deutschland erreichen kann, so wird doch Deutschland künftig bei all den großen Angelegenheiten, für die der Völkerbund zuständig ist, zum mindesten mitberaten und mitabstimmen. Bei zahlreichen Entscheidungen des Völkerbundsrats aber wird Deutschlands Stimme darüber hinaus von entscheidender Bedeutung sein, da nach der Satzung des Völkerbundes, soweit nicht in besonderen Fällen anders vorgerichtet ist, der Völkerbundsrat einstimmig zu beschließen hat.

Was den Inhalt der Arbeit im Völkerbund betrifft, so steht bei allen politischen Spannungen erster Art den Bundesmitgliedern das Recht zu, eine Beratung im Völkerbund zu veranlassen und auf diese Weise ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen, dadurch wird Deutschland die Beteiligung an den großen politischen Entscheidungen gesichert. Im Völkerbund kann ferner die Nachprüfung unanwendbar gewordener Verträge und solcher internationale Verhältnisse veranlaßt werden, deren Ausfertigung den Weltfrieden gefährdet. Auch für die allgemeine Abrüstung, die eines der wichtigsten Ziels des Völkerbundes ist, kann Deutschland als Mitglied nachdrücklich eingreifen. Neben diesen allgemeinen Aufgaben hat der Völkerbund eine Reihe von Sonderaufgaben übernommen, die gerade für Deutschland von lebenswichtiger Bedeutung sind. Dazu gehören zunächst die Verwaltung des Saargebietes und der Sudetengau, zwei Fragen, deren befriedigende Behandlung ohne deutsche Mitwirkung nicht denkbar ist. Es kommt hinzu die Frage der Kolonialmärkte, an denen beteiligt zu werden, das deutsche Volk seinen berechtigten Anspruch erhält. Endlich ist besonders auf das Problem der Minderheiten hingewiesen, deren Schutz dem Völkerbund anvertraut ist. Angeknüpft an die große Zahl von deutschen Staatsangehörigen, die in fremden Staatsverbünden leben, hat Deutschland die Pflicht, sich an der Gestaltung des Schicksals der Minderheiten nach seiner Kraft aktiv zu beteiligen.

Augenblick für den Gang nach Genf wäre noch nicht gekommen. Ob sie es tun wird? Wir glauben es nicht; dafür werben schon die Sozialdemokraten sorgen, auf deren Unterstützung das Minderheitskabinett sein weiteres Leben aufzubauen gedenkt.

Erkrankung des Reichsernährungsministers.

■ Berlin. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Ossolinus, ist neuerdings an den Folgen einer verschleppten Grippe nicht unerheblich erkrankt und muß auf dringendes Anraten seiner Aerzte einen Erholungsurlaub antreten, der ihn vorerst höchstens auf ein oder beiden Monaten hält.

Die Statsrede des Reichsfinanzministers.

■ Berlin. Die Statsrede des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold ist bis auf den kommenden Mittwoch hin ausgezögert worden, um dem Minister Zeit zu lassen, sich in das Finanzprogramm des Reiches zu versetzen und zu den zahlreichen Wünschen und Anregungen, die ihm von Seiten der Parteien eingereicht worden waren, Stellung nehmen zu können. Wie wir aus autuntenreichten Kreisen hören, hat der Finanzminister seine Vorarbeiten abgeschlossen. Der Stat wird in zwei Teile zerlegt, in den ordent-

Denmark will in seiner bedrängten Lage in erster Linie sehr nüchtern die Frage prägen, ob ihm sein Eintritt konkrete Vorteile bietet, von denen es eine Besserung seiner Lage erhoffen kann. Diese Frage kann nach dem Zodium, das in der politischen Entwicklung jetzt erreicht ist, nicht mehr verneint werden. Nachdem die gleichberechtigte Teilung Deutschlands im Völkerbund gescheitert und seiner bedauerlichen Lage für konstitutionelle Rechtfertigung getragen ist, wird die Gefahr, insoweit man leben könnte, der Annahme sicherlich verringert. Selbstverständlich kann niemand erwarten, daß der Eintritt in den Völkerbund einen plötzlichen Umschwung herbeiführen könnte.

Times über Deutschlands Völkerbundseintritt.

■ London. In einem „Deutschland und der Völkerbund“ überreichten Beitrag führt Times aus, der Beifluss, ein Ausnahmegerüf zu erzielen, sei darum nicht weniger wichtig für Deutschland und Europa, weil er im Locarnovertrag angedeutet war und weil das Recht, soweit man leben könnte, der Annahme sicher ist. Die Bedeutung des deutschen Beschlusses liegt in der darin zum Ausdruck kommenden Aenderung der Haltung gegenüber dem Punkt. Sicher ist der Völkerbund im Interesse der Deutschen als Zusammenschluß der Staaten errichtet. Der neue deutsche Staat erfüllt eine wahrscheinlich verdeckten Absicht. Man darf hoffen, daß das wichtigste Motiv die Erkenntnis sei, daß der Völkerbund für alles eintritt, was in der neuen europäischen Ordnung Vorteile verdient und das er, auch wenn er selbst begonnen haben sollte, eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und der neuen Methoden der offenen Diplomatie ist. Über Deutschland können ihrerseits gehoben werden, wenn es auch mit dem Eintritt befreit, seine Rechte zu wahren und zu sichern. Für den Völkerbund selbst ist der Beitrag fast ebenso bedeutungsvoll wie für Deutschland. Er führt den Band auf dem Wege zur Universalität weiter. Allerdings werde außerhalb Tats und guter Wille erforderlich sein, wenn dadurch nicht die Eintracht, in der die Mitgliedsstaaten höchst arbeiten, auf eine ernste Probe gestellt werden sollte. Der Eintritt eines stärkeren Nachbarn in den Bund bedeutet ein — höchstlich nicht zu schwieriges — Mittel für die Erhaltung des wertvollen Konsenses. Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen kommt Times auf das Verlangen anderer Staaten, ebenfalls einen ständigen Sitzen im Rat zu erhalten, und zwar vor überreitem Vorgehen. Das Blatt meint, der Völkerbundsrat sollte zumindest von Zeit zu Zeit ein neues Mitglied zu stimulieren, aber es würde der größte Fehler sein, auf einmal und für alle Zeit zwei oder drei neue Mitglieder zu wählen, besonders wenn der Antritt, wie es mit Spanien der Fall zu sein scheint, nicht im Wege der offenen Bewerbung, sondern vermittels der Trophäe mit Überzeugung im Votum gebracht werde. Es würde auch einen unerfreulichen Präzedenzfall schaffen, wenn man annehmen, daß beispielsweise Polen mit Deutschland zugleich in den Rat aufgenommen werden müsse, weil Polen ein Staat ist, der gelegentlich Differenzen mit Deutschland hat. Der Sitz im Rat würde von den Mitgliedern nicht als eine Gelegenheit für die Förderung individueller Wünsche betrachtet werden, sondern als eine Gelegenheit, der Gemeinschaft zu dienen. Andernfalls würde Genf ja unvermeidlich seinen Charakter als Vermittlungszentrum verlieren und zum Kampfplatz entgegengesetzter Interessen werden. Times macht den Vorschlag, daß die gewählten Mitglieder des Rates automatisch nach bestimmten Perioden zurücktreten sollten, um anderen Platz zu machen und für eine weitere bestimmte Periode nicht wieder wählbar sein sollten.

■ London. In den außerordentlichen Stat. Zu erkennen befinden sich die laufenden Ausgaben für die Verwaltung, um außerordentlichen die einmaligen Ausgaben, die aber nur dann aufgeführt werden dürfen, wenn für sie ausreichende Deckungen vorhanden sind. Gegen den Stat des Vorjahrs ist die Belastung durch soziale Ausgaben ganz bedeckt gestiegen.

Bismarcks Tochter gestorben.

■ Riel. Gräfin Marie Elisabeth Johanna von Bismarck, die einzige Tochter des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck, ist im Alter von 77 Jahren auf ihrem Gut Dobersdorf bei Riel gestorben.

Scheidungsprozeß der Gräfin Bothmer.

■ Berlin. (Kunstvor.) Wie die B. B. berichtet, wird heute vor dem Einzelrichter des Amtsgerichts Potsdam die Scheidungsfrage des Grafen Bothmer verhandelt. Die Klage des Grafen Bothmer läßt sich nur auf ehemaliges Verhalten seiner Frau, wobei die Frage des Scheiterns möglichst ganz ausgeschaltet werden soll. Graf Bothmer hat, wie das Blatt wissen will, erklärt, daß er unabdinglich seine Frau, die ihren Studien weiß eine gute Mutter war, nicht im Ehe lassen werde.